Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

249 (9.9.1922) Erstes Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe: in unserer Geschäftsstelle und in unsern Ausgabestellen abgeholt monatlich M 100.—, frei Haus geliefert monatlich M 110.—; auswärts: durch unsere Agenturen bezogen M 110.—; durch die Post einschl. Zustellungsgebühr M 110.— monatlich. Einzelverkauf Werktags 4.— Sonntags 5.— M.

Postscheckkonto Nr. 9547 Karlsruhe. Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Rittersir. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum M 15.—; auswärts M 20.—; Familienanzeigen u. Stellengesuche M 9.—; Reklamezeile M 50.—; an erster Stelle M 60.—. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 8 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 6 Uhr nachm.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — **Badische Morgenpost**

„Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Wandern und Reisen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Joho; für Inserate: Heinrich Schriever, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag, Karlsruhe, Rittersir. 1. Berliner Redaktion Dr. Richard Jügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 249. — Samstag, den 9. September 1922 — Erstes Blatt.

Frankreich gegen ein deutsch-belgisches Abkommen.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Dr. A. Paris, 5. Sept.

Freunde und Vertraute des Herrn Poincaré geben heute unumwunden zu, daß sich der Diktator von des nationalen Blocks Gnaden in einen Engpaß verrannt hat, aus dem es schier kein Ausweg mehr gibt. Er hat das Wort von den „produktiven Pfändern" so oft und mit solchem Nachdruck wiederholt, daß er es unbedingt zur Tatsache machen muß, im Falle Deutschland „schlechten Willen" zeigt. Ich brauche nicht zu versichern, mit welcher Sehnsucht dieser „schlechte Wille" erwartet wird. Käme es allerdings auf Herrn Poincaré allein an, so wäre der Fall längst konstruiert; aber es bedarf dazu eines Mehrheitsbeschlusses der Reparationskommission, und die ist in der letzten Zeit äußerst zurückhaltend geworden — wohl weil einige ihrer Mitglieder eingesehen haben, daß Deutschlands Kraft längst zu Ende ist, daß der nächste Gewaltschritt unweigerlich zum Chaos führt. Ich glaube sogar den Tatsachen nicht vorauszueilen, wenn ich versichere, daß der englische Delegierte Bradbury ernsthaft an seinen Rücktritt denkt, offenbar weil er der Ansicht ist, daß sein Wirken innerhalb der durch den Gewaltvertrag geschaffenen Körperschaft niemanden zum Heil mehr sein kann. Gutem Vernehmen nach sprach er sich nach seiner Rückkehr aus Berlin Freunden gegenüber dahin aus, daß die Kommission, der er angehört, überhaupt keine Daseinsberechtigung mehr habe; daß, worauf es in Zukunft ankomme, der Kampf nicht mehr innerhalb des Vertrages gegen die übermäßigen französischen Ansprüche geführt werde, sondern daß alle Bemühungen dahin gerichtet werden müssen, das unselige Dokument selber zu vernichten; er wäre daher nicht in der Lage, eine Tätigkeit fernerhin auszuüben, deren Voraussetzung eben der Gewaltfriede von Versailles bilde.

Diese Schwierigkeiten innerhalb der Reparationskommission entmutigen einen Herrn Poincaré natürlich nicht im Geringsten. Der Mehrheitsbeschluß, wodurch Deutschland sich für seine nächsten Zahlungen einzig und allein mit Belgien auseinanderzusetzen hat, kam ihm natürlich äußerst ungelegen. Die Belgier sind den Franzosen als ausgezeichnete Kaufleute bekannt, die jedenfalls greifbare Vorteile über rein sentimentale Erwägungen stellen. Alles ist trotzdem nicht verloren. Es ist immerhin möglich, daß die Garantien, die Deutschland zu bieten vermag, Belgien nicht genügen, zumal vorher gehörig gehetzt worden ist. Und dann ist es leicht, Deutschland des schlechten Willens zu zeihen. Man war ja vorher schon schlau genug, das große Entgegenkommen, das Belgien angeblich an den Tag legt, in allen Tönen zu preisen: Kommt es nun zum Bruch, so ist Belgien auf keinen Fall der Schuldige. Dann hat es Deutschland gewollt, dann will der Krösusstaat nicht zahlen, obgleich er, wie ihm der „Matin" und der „Eclair" in Schlemmerbildern vorführen, im Gelde und Wohlleben geradezu erstickt. Ein Poincaré besonders nahestehendes Blatt gibt sogar den gutgemeinten Rat — es bezeichnet ihn so — Belgien solle sich in „klingendem und gleißendem Golde" bezahlt machen. Deutschland besitze dessen trotz gegenteiliger Versicherung schon aus seinen Valutaabgaben in Ueberfluß, und es könne nichts schaden, wenn es einmal zur Ader gelassen würde! Diese Mission sei heute Belgien übertragen; indem es seine Interessen wahrnehme, diene es dem zukünftigen Frieden der Welt!

Die belgischen Herren sind nun in Berlin. Nach allem, was über Brüssel zu erfahren ist, sollen sie in bester und versöhnlichster Stimmung sein. Man glaubt es hier gerne, kann aber einen leisen Zweifel nicht unterdrücken. Sollen die Pariser Intrigen wirklich ohne jeden Einfluß auf die belgische Politik geblieben sein? Brüssel reagiert sonst fast mechanisch auf jeden Druck und Stoß von Paris; wie in verbundenen Gefäßen gleichen sich Niveauunterschiede sofort aus. Es erscheint auch kaum glaubhaft, daß Paris diese Anstrengungen gemacht hätte, wenn es von deren Vergeblichkeit im Voraus überzeugt gewesen wäre. Vielleicht ist man in Berlin optimistischer, als man es in Paris sein kann. Vielleicht hat man auch Recht. Auf jeden Fall: Gläubiges Vertrauen ist angenehmer als quälender Zweifel — wenn dieser auch noch so sehr durch die Ereignisse bedingt ist.

*

Die deutsche Industrie lehnt Garantien ab.

Berlin, 8. Sept. Der Reichsverband der deutschen Industrie glaubt sich mit der Frage der Garantien nicht befassen zu können. Der Reichsverband sei lediglich eine ständige Organisation, die keine rechtlichen Befugnisse besitze. Außerdem sei zu berücksichtigen, daß die Industrie in der letzten Zeit außerordentlich hart zu kämpfen habe.

Vor bedeutungsvoller Entscheidung.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Nachdem sich Donnerstag abend in einer Unterredung zwischen Stinnes und Bemelman herausgestellt hatte, daß der Gedanke, die deutsche Industrie oder eine deutsche Industriegruppe für die Gesamtheit der deutschen Schatzanweisungen an Belgien garantieren zu lassen, in dieser Form nicht durchführbar sei, sondern daß nur eine Teilgarantierung der Industrie neben Garantien anderer Körperschaften, besonders des Reiches, in Frage kommen kann, hat sich die deutsche Regierung entschlossen, endgültige Vorschläge, die Kombinationen und Kompromisse zwischen den bisherigen Anregungen darstellen, aufzustellen. Diese Vorschläge wurden gestern nachmittag in einer Kabinettssitzung formuliert und der belgischen Delegation überreicht. Dadurch ist die Situation endlich geklärt, die Entscheidung ist herbeigeführt. Die belgischen Herren haben nicht geglaubt, die Verantwortung auf sich nehmen zu können, von sich aus sofort eine Beurteilung der Vorschläge, ob sie als Garantien hinreichend seien oder nicht, abzugeben. Sie haben sich noch gestern abend mit der Brüsseler Regierung in Verbindung gesetzt und dem Reichskanzler mitgeteilt, daß sie in der Lage sein würden, heute Samstag eine Antwort zu geben.

Der heutige Tag bringt also eine schwere Entscheidung, nicht nur in den schon mehrfach skizzierten Beziehungen zur Außenpolitik und der Reparationsfrage, sondern auch innenpolitisch. Ist die belgische Antwort absolut ablehnend, so dürfte die Regierung jetzt nur noch die Möglichkeit haben, zurückzutreten. Was dann wird, weiß man nicht. Es wird in politischen Kreisen davon gesprochen, daß dann eine Regierung, die etwa in den Gedankengängen des Abkommens zwischen Stinnes und de Lubersac zu arbeiten hätte, versuchen müßte, durch wirtschaftliche Verständigung mit Frankreich, dem unwirtschaftlichen politischen Willen Poincarés, Kapital aus dem Scheitern der Garantieverhandlungen zu schlagen, entgegenzuarbeiten. Doch dies ist nur eine Annahme, voll von Rätseln und Schwierigkeiten.

Im Anschluß daran ist das Telegramm von besonderem Interesse, das der politisch sehr gut orientierte Berliner „Korrespondent" des „Manchester Guardian" heute seinem Blatte telegraphiert:

Der zwischen Hugo Stinnes und dem Marquis de Lubersac abgeschlossene Vertrag ist von größter politischer Bedeutung. Die Erfüllungspolitik Dr. Wirths ist nun tot und die Initiative für eine deutsch-französische Verständigung ist in andere Hände übergegangen. Die Regierung Wirth ist nur noch eine Fiktion, die weder die deutsche Politik leitet noch sie beeinflußt. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß dieser Vertrag die Bedingungen für eine wirtschaftliche Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland darstellt. Das offizielle Frankreich gewöhnt sich immer mehr an den Gedanken, daß auf diesem Wege eine Entspannung zwischen beiden Ländern herbeigeführt werden könnte, die in gleicher Weise für Deutschland wie für Frankreich Vorteile habe.

Der beiderseitige Verständigungswille.

Berlin, 8. Sept. Im Reichsfinanzministerium fand eine Sitzung unter dem Vorsitz von Reichsfinanzminister Dr. Hermes und Generaldirektor Cuno von der Hamburg-Amerika-Linie statt. Hugo Stinnes und andere hervorragende Vertreter der deutschen Industrie hatten sich eingefunden. Der Verhandlungsgegenstand war die Frage, ob und unter welchen Bedingungen die Möglichkeit einer Finanzierung der deutschen Industrie bei der Lösung der Garantiefrage bestehe. Vermutlich wird heute eine Kabinettssitzung zu den neuen Vorschlägen, die sich aus den Verhandlungen mit den belgischen Delegierten ergeben haben, Stellung nehmen. Es wird in der belgischen Delegation nahestehenden Kreisen betont, daß angesichts des beiderseitigen entschiedenen Verständigungswillens eine Einigung als wahrscheinlich angesehen werden könne.

Die Schwierigkeiten einer Einigung.

Den optimistischen Urteilen stellen wir nachstehend eine davon abweichende Meldung gegenüber:

Berlin, 8. Sept. (Drahtber.) Heute morgen haben in der Reichskanzlei Chefbesprechungen über die Garantiefrage stattgefunden. Für heute nachmittag ist eine Kabinettssitzung angesetzt, in der das Ergebnis der heutigen Chefbesprechung zur Debatte stehen wird. Ein neuer Termin für die Verhandlungen mit den Belgiern ist noch nicht anberaumt worden. Vielmehr dürfte die Terminfestsetzung von dem Ergebnis der internen Besprechungen auf deutscher Seite abhängen. Dabei ist zu bemerken, daß von belgischer Seite hinsichtlich der Fortsetzung der Verhandlungen keinerlei Forderungen aufgestellt worden sind. Vielmehr hat man in dieser Hinsicht dem Gutdünken der deutschen Regierung vollkommen freie Hand gelassen. Ueber das Ergebnis der bisherigen deutsch-belgischen Verhandlungen ist nach wie vor zu bemerken, daß die Schwierigkeiten, die einer Einigung entgegenstehen, weit größer sind, als man bisher angenommen hat.

Die Diskontierung der Schatzwechsel.

Berlin, 8. Sept. (Drahtber.) Wie die „B. Z. a. M." meldet, haben die belgischen Unterhändler den gestern von deutscher Seite gemachten Vorschlag, die deutsche Industrie an der Garantierung der deutschen Schatzwechsel zu beteiligen, telegraphisch nach Brüssel übermittelt und um neue Weisung gebeten. Eine Antwort hierauf ist bis zur Stunde noch nicht eingetroffen. Anstelle der ursprünglich erhofften Teilnahme Englands an der Diskontierung der Schatzwechsel ist jetzt eine Fühlungnahme mit Holland aufgenommen worden, und im Falle einer Einigung mit den Belgiern besteht alle Aussicht, daß auch durch Vermittlung des Bankhauses Mendelsohn holländische Banken statt der englischen sich an der Diskontierung beteiligen.

Die Sehnsucht nach dem deutschen Golde.

Berlin, 8. Sept. (Drahtber.) Ueber die belgischen Forderungen, die von Delacroix zu Anfang der Verhandlungen überbracht wurden, und die zum Teil trotz der deutschen Gegenvorschläge noch fortbestehen, ist zu sagen, daß Delacroix für die nächstfällige Rate etwas Gold zur Deckung gefordert hat. Havenstein als Präsident der jetzt autonomen Reichsbank hat bisher strikt abgelehnt. Es finden heute neue Verhandlungen mit Havenstein und Glasenapp statt. Ferner steht noch die Frage einer allenfalls notwendig werdenden Verlängerung der deutschen Schatzwechsel zur Erörterung. Die deutsche Regierung glaubt auf die belgische Bereitwilligkeitserklärung für bestimmt umschriebene Fälle nicht verzichten zu können.

Das Stinnes-Abkommen.

Englische Zustimmung.

London, 8. Sept. (Eig. Drahtber.) Nachdem auch die englische Presse sich zunächst in ihrem Urteil Zurückhaltung auferlegt hatte, läßt sich jetzt die „Times" aus Paris berichten. Das Blatt sagt: Der Vertrag ist ein großer Fortschritt. An Stelle langgatmiger internationaler Verhandlungen treten jetzt direkte geschäftliche Abmachungen zwischen Frankreich und Deutschland. Der Gedanke der Entschädigung durch unmittelbar zu liefernde Sachleistungen ist von größter Bedeutung.

London, 8. Sept. (Drahtber.) „Morning Post" sagt: Kein Schritt der letzten drei Jahre der das Chaos der Entschädigungen betraf, war so zu begrüßen, wie das Stinnes-Lubersac-Abkommen. Der Name Stinnes verbürgt die Möglichkeit wirklich durchführbarer praktischer Pläne.

Stellungnahme der englischen Gewerkschaften.

London, 8. Sept. (Drahtber.) Der sozialistische „Daily Herald" sagt: Endlich! Bisher ist dieser Plan immer in Frankreich gescheitert, nicht an der Haltung der französischen Arbeiter, sondern an der der französischen Kapitalisten.

Die Freigabe der Reparationskohle.

Paris, 8. Sept. Wiederaufbauminister Reibel äußerte sich über den Gedanken der Anrechnung der Reparationskohle zur Förderung der Herstellung von Baumaterial durchaus sympathisch. Die französische Regierung ist bereit, monatlich einen großen Prozentsatz der deutschen Reparationskohle dem Comité Coopératif des régions dévastées zur Verfügung zu stellen. Dieses hat dann das Weitere mit Herrn Stinnes zu vereinbaren.

Als Bedingung hierfür verlangt Frankreich:

1. Die restlose Erfüllung der Deutschland von der Reparationskommission auferlegten Pflichtlieferungen an Kohle und Koks sowohl in quantitativer als auch qualitativer Hinsicht;

2. eine Retrozession darf erst erfolgen, wenn der Eigenbedarf Frankreichs restlos gedeckt ist;

3. die Freigabe erfolgt auf Konto des im Wiesbadener Vertrage auf 150 000 Tonnen festgesetzten Kontingents der zu Vorkriegsbedingungen zu liefernden Kohle, d. h. derjenigen Menge, die Frankreich zum Weltmarktpreis zu bezahlen hat;

4. das Herrn Stinnes zur Verfügung zu stellende Quantum soll 30 000 Tonnen monatlich nicht übersteigen.

Nähere Abmachungen bleiben vorbehalten.

Der Kampf gegen Düringer.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Der Beschluß des badischen Landesausschusses der Deutschnationalen Volkspartei, den Reichstagsabgeordneten Dr. Düringer aufzufordern, sein Amt als Vorsitzender des Landesausschusses und sein Reichstagsmandat niederzulegen, hat in den politischen Kreisen der bürgerlichen Parteien lebhaftes Erstaunen hervorgerufen. Man erinnert sich des Tatbestandes, daß im Verlauf der auf den Rathenaumord folgenden Auseinandersetzungen innerhalb der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei der Abg. Dr. Düringer dem Reichstagspräsidenten sein Ausscheiden aus der Fraktion mitteilte. Später hat der Abgeordnete wiederholt erklärt, daß er trotz dieses Schrittes deutschnational bleibe. Auch ist unseres Wissens seitens des Fraktions- oder Parteivorstandes nichts unternommen worden, um dem Abg. Düringer gegenüber zu Weiterungen anläßlich seines Austrittes aus der Fraktion zu schreiten. Umsomehr muß der erwähnte Beschluß überraschen, dessen Urheber päpstlicher als der Papst zu sein scheinen.

Um den richtigen Maßstab für den Beschluß des badischen Landesausschusses zu finden, muß man sich die Entwickelung des „Falles Düringer" ins Gedächtnis zurückrufen. Rathenau war ermordet. Der überwiegende Teil der öffentlichen Meinung war geneigt, die Art der Agitation, wie sie von prominenten Führern und Organen der Deutschnationalen Volkspartei gegen die jetzige Staatsform und ihre Träger gehandhabt war, für die Entstehung des verbrecherischen Anschlages verantwortlich zu machen. Im Reichstage war die Stellung der deutschnationalen Fraktion angesichts dieser Stimmung und der Tatsache, daß auch sie im Rahmen der politischen Aussprache sich über den Mord würde äußern müssen, außerordentlich schwierig. Sie tat das einzig Richtige: sie schickte den Abg. Düringer als Redner vor, wohl den einzigen aus der Fraktion, von dem man annehmen konnte, daß er von der Linken des Hauses wenigstens würde angehört werden. Das ist charakteristisch für die Stellung Düringers in der Partei und im Reichstage. Er war dem Hause, auch den erbittertsten Feinden der Deutschnationalen, nicht nur der aufgeklärte Konservative, sondern auch der ehrwürdige Mensch. Dem Einfluß seiner Persönlichkeit und dem Eindruck, den seine von dem Willen zur unbedingten Wahrheit getragenen Worte hinterließen, gelang es, die schwierige Aufgabe zu bewältigen und die Stellung der Deutschnationalen besonders den demagogischen Angriffen der äußersten Linken gegenüber zu verbessern. Allerdings scheint er dann auch die Konsequenzen gezogen zu haben. Als sich nun in der Deutschnationalen Volkspartei die Erkenntnis regte, daß man die Gesinnungsgemeinschaft mit der äußersten, „deutschvölkischen" Rechten vielleicht ablehnen müsse, da scheint Düringer der Sprecher der wenigen gewesen zu sein, die nun die scharfe Trennung zwischen der Partei und den Deutschvölkischen verlangte, den Deutschvölkischen, die die Ausrottung aller nicht völkischen, d. h. aller jüdischen Bestandteile des Volkes predigten. Die Fraktion konnte sich nach innerem Kampfe nicht entschließen, den Trennungsstrich zu ziehen. Nur der Abg. Henning wurde ausgeschlossen, die Fraktion aber erklärte ausdrücklich, daß sie das „deutschvölkische" Prinzip nach wie vor stütze. Daraufhin trat Dr. Düringer aus der Fraktion aus.

In dem bekannten Artikel der „Breslauer Neuesten Nachrichten" vom 25. Juli erörtert Exzellenz Düringer die Unterschiede zwischen seiner politischen Auffassung und der Politik, die die Reichstagsfraktion treibt. Er sagt, die Deutschnationale Volkspartei ertrage eine Richtung in sich, die in einem direkt widerchristlichen Geist einen leidenschaftlichen Haß ohne Grenzen gegen bestimmte Persönlichkeiten oder eine ganze Kategorie deutscher Staatsbürger in Wort und Schrift propagiere. Das löse in unreifen Köpfen den „Willen zur Tat" aus, der sich schließlich in fluchwürdigen Verbrechen auswirke. Diese Begründung charakterisiert Düringer als Menschen und als Politiker. Seine politische Auffassung wurzelt in seinem Menschentum. Weil er Christ ist, verabscheut er die hemmungslose, die Keime der Gewalttat in sich tragende Propaganda gegen Andersdenkende und Nichtchristen. Er wünschte die moralische Selbstreinigung der Deutschnationalen Partei, erstens weil jener „widerchristliche Geist" seiner sittlichen Auffassung von der Politik widerspricht, und zweitens weil er, mit Recht, in dem deutschvölkischen Einschlag der gegenwärtigen deutschnationalen Innenpolitik das Hindernis für die Koalitionsfähigkeit seiner Partei erblickt. Selbst die Deutsche Volkspartei durfte es nicht wagen, ein Bündnis mit einer Partei einzugehen, die nur Verneinung, nur Haß predigte. Wäre die Deutschnationale Volkspartei der Idee Düringers gefolgt, hätte sie sich von jenem „widerchristlichen Geist" losgesagt, so wären in dem Augenblick der höchsten Not des Vaterlandes die Vorbedingungen für die breiteste Front vorhanden gewesen, die es seit 1918 im deutschen Parteileben gab.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Der badische Landesausschuß der Deutschnationalen Partei hat es nicht für richtig gehalten, einen Mann in seinen Reihen zu dulden, der die Wahrheit kannte und sagte. Der Entschluß des Landesausschusses erhält noch eine besondere Beleuchtung durch den Umstand, daß die Deutschnationale Partei, wie man sich in politischen Kreisen erzählt, die Absicht hat, den mit Henning ausgetretenen deutschvölkischen Abgeordneten Wulle und v. Graefe goldene Brücken zur Rückkehr in den Schoß der Partei zu bauen. Dadurch wird der Kurs, den Düringer vermeiden wollte, noch schärfer akzentuiert. Düringer hat eine Meinung geäußert, die derjenigen der Fraktionsmajorität zuwider lief. Henning, Wulle und Graefe haben nicht nur, nach der andern Seite, dasselbe getan, sondern in ihrer Presse sogar die schwersten Beschimpfungen und Verdächtigungen gegen die Führer der Partei ausgesprochen. Dieser Disziplinbruch wird mit dem Angebot der Versöhnung belohnt. Die freie Meinungsäußerung Düringers wird vom badischen Landesausschuß mit Ausschluß geahndet. Und das, weil Düringers, politische, konservative Auffassung von dem Liberalismus eines Posadowsky beschwingt ist, nicht vom Parteiliberalismus, sondern von jenem Liberalismus des Herzens, der in allen Parteien wohnen kann und der die Wahrheit, nicht eine fanatisch-starre Formel, zur Richtlinie vaterländischer Politik machen will. Wo auch könnte das geschehen, was der badische Landesausschuß getan hat? Hat die Deutsche Volkspartei einen Kardorff ausgeschlossen, der oft in wichtigsten Abstimmungen gegen seine Fraktion und mit der Linken stimmte? Wo wird Ueberzeugungstreue und Bekenntnisfreudigkeit bestraft? Stößt die Sozialdemokratische Partei einen Ebert aus, der aus eigenem Entschluß das Deutschlandlied zur Nationalhymne erhebt, ein Lied, das noch am Tage vorher für jeden guten Sozialisten die Inkarnation des Nationalismus war? Ueberall herrscht die Ueberzeugung, daß eben jene Parteimitglieder, die auf den Flügeln der Partei stehen, wertvollste Elemente sind, weil sie die Brücken zu den Nachbarn darstellen. Der badische Landesausschuß der Deutschnationalen Volkspartei aber dokumentiert durch den Ausschluß Düringers, daß er eine Brücke zu den Nachbarn im eigenen Vaterlande nicht zu haben wünscht. Ist das deutsch? Ist das national?

*

Damit haben wir zunächst einer Stimme von auswärts das Wort eingeräumt. Die badischen Pressestimmen stehen, soweit sie bis jetzt bekannt wurden, dem Beschluß des Landesausschusses einstimmig verurteilend gegenüber, indem sie in Düringer einen der besten Köpfe der badischen Deutschnationalen, einen hervorragenden Politiker und einen über jedes Urteil erhabenen Menschen sehen.

Exzellenz Düringer genießt ja auch tatsächlich weit über die Grenzen seines engeren Vaterlandes und seiner bisherigen Partei hinaus höchstes Ansehen, er gilt allen, die ihn kennen, als ein Mann, dem man größte Wertschätzung und Verehrung entgegenbringt. Diesem Mann, der sein Bestes für Partei und Vaterland in unserer von Stürmen durchrüttelten Zeit zu geben bestrebt war, hat man nun eröffnet, daß er das Vertrauen der Deutschnationalen Volkspartei Badens nicht mehr besitze. Politiker-Schicksal! Für den Beschluß als solchen wird die Partei auch ihre inneren Gründe haben. Bedauerlich erscheint, daß in den Nekrologen, die uns bis jetzt von Exzellenz Düringer bisher nahestehender Seite vorlagen, lediglich festgestellt wird, er habe äußerlich der Partei schon lange nur sehr lose angehört und innerlich wohl nie in einem wirklich engen Verhältnis zu ihr gestanden. Wenn heute Exzellenz Düringer nachgesagt wird, er habe von jeher mit der Deutschen liberalen Volkspartei geliebäugelt, so muß dem entgegengehalten werden, daß Dr. Düringer, der dem linken Flügel seiner Partei angehörte, als Verständigungspolitiker allgemein bekannt war. Wir erinnern hier nur an seine letzte, hier mit so ungeteiltem Beifall und allgemeiner Anerkennung aufgenommene Wahlrede. Nun klingt es anders aus dem Blätterwalde der Politik.

Man redet heute so viel von der nötigen Wahrung der Eigenart der Stämme und Länder. Sollte es unter Berücksichtigung dieses Gesichtspunktes wirklich nicht möglich gewesen sein, einem Manne seinen Parteisitz zu belassen, auf dem dieser, von dem Besten und Edelsten beseelt, nur eins wollte und kannte — dem Vaterlande dienen.

Völkerbund.

Lord Cecil über das Saargebiet.

Genf, 8. Sept. (Drahtber.) Die heutige Vollsitzung des Völkerbundes begann mit einer Rede Lord Balfours, der für das Interesse und die Gründlichkeit, mit der der Rat seiner Aufgabe gerecht zu werden versucht, um Anerkennung bat. Weiter kam er auf die Kritik zu sprechen, die gestern Nansen und Lord Robert Cecil an den Zuständen im Saargebiet geübt hatten. Was die Anstrengungen des Völkerbundes im Saargebiet hindere, sei eine gewisse Propaganda, um die Abstimmungen zu beeinflussen oder andere Ziele zu erreichen. Die Saarregierung arbeitet tatsächlich im Interesse des Landes (? Red.) Die Propaganda, die sich im Saargebiet auswirkt, zielt nur auf die Diskredidierung der jetzigen Regierung hin, beabsichtigt aber keine Unterstützung der Bestrebungen des Völkerbundes. Zu einer Intervention im kleinasiatischen Kriege, sagte Balfour weiter, sei der Völkerbund nicht genügend ausgerüstet. — Nach ihm sprach der italienische Delegierte Sicaloia und erklärte, zwischen Oesterreich und Italien beständen keinerlei Konflikte. Italien habe die größten Sympathien für dieses Land. (? Red.) Alsdann sprach der Vertreter von Tahiti, Bell Garde, der sich in sehr gewandten und inhaltlich hochstehenden Worten an die Versammlung wandte, um die Einsetzung einer Untersuchungskommission für die südafrikanischen Mandatsgebiete zu verlangen. Zuletzt sprach der Schwede, Trygger, der vom Völkerbund verlangte, er solle mehr leisten, als gerade so viel, wie zur Verhütung noch schlimmerer Zustände nötig sei.

*

Uns däucht der Schwede hat am wenigsten geredet, und das meiste gesagt!

Der griechisch-türkische Krieg.

Das Vordringen der Türken.

t. **Paris**, 8. Sept. (Drahtber.) Die Nachrichten aus Kleinasien lauten immer ungünstiger für Griechenland. Man erwartet die Ankunft der Türken in Smyrna bereits für kommenden Sonntag. Die Nordgruppe der griechischen Armee hat einfach ihr ganzes Ausrüstungsmaterial im Stich gelassen und ist zu keiner Kampfhandlung mehr fähig. Die Gefangennahme der Südgruppe ist allerdings nicht bestätigt, jedenfalls aber ist eine türkische Truppe am ägäischen Meere angelangt.

Die Beute der Türken.

w. **Paris**, 8. Sept. (Drahtber.) Havas meldet aus Adona: Bis zum 2. September erbeuteten die Türken 700 Kanonen, 950 Lastautomobile, 11 Flugzeuge und ungefähr 2000 Maschinengewehre, eine riesige Menge Waffen, Munitions- und Lebensmittelvorräte.

Griechische Kabinettskrise.

Paris, 8. Sept. (Drahtber.) General Polymenakos hat das Oberkommando über die Reste der griechischen Armee in Kleinasien übernommen. — Nach einer Meldung aus Athen hat das griechische Kabinett demissioniert. Für seine Neubildung ist Skondoulis in Aussicht genommen.

Kabinettswechsel in Athen.

w. **Paris**, 8. Sept. (Drahtber.) Nach einem Telegramm des „Intransigeant" aus Athen ist Skondoulis zum Ministerpräsidenten ernannt worden.

Konferenz und Waffenstillstand.

w. **Rom**, 8. Sept. (Drahtb.) Wie die Blätter melden, hat die italienische Regierung bei den Regierungen von Frankreich und England einen Schritt unternommen, um sie von der Notwendigkeit zu überzeugen, Griechenland und die Türkei zu einer Konferenz in Venedig einzuladen, auf der die Friedenspräliminarien erörtert werden sollen. In der Zwischenzeit soll aus Gründen der Menschlichkeit ein Waffenstillstand vereinbart werden.

England wartet das Ergebnis ab.

b. Privat, **London**, 8. Sept. (Eig. Drahtber.) Entgegen der allgemeinen Erwartung wurde in der gestrigen Kabinettssitzung nicht die Note Poincarés über die Schuldenfrage erörtert, sondern die sehr kritisch gewordene Lage im nahen Orient Offiziös wird erklärt, eine restlose Erörterung der Frage der internationalen Schulden sei wegen des Reparationsproblems nicht möglich gewesen Die britische Regierung werde daher nicht in der Lage sein, sofort auf die französische Note zu antworten. Da außer dem Zeitmangel auch sachliche und politische Gründe für die Verschiebung der Antwort entscheidend sind, geht daraus hervor, daß kein neuer Kabinettsrat angesetzt wurde. Der „Times" zufolge wird die britische Regierung wahrscheinlich das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien abwarten, bevor sie ihre Antwort an Poincaré übermittelt

Deutsches Reich

Schlesien — ein Opfer der französischen Fälschungen.

Berlin, 8. Sept. (Drahtber.) Vor einigen Tagen machte Generalmajor von Wriesberg in der „Kreuzzeitung" die Mitteilung, daß das Schicksal Oberschlesiens bei der Vorbereitung des Versailler Friedensvertrages durch eine von einem österreichischen Nationalpolen gefälschte Karte entschieden worden sei. Kammergerichtsrat Dr. Sonntag ergänzt heute im „Tageblatt" diese Meldung dahin, daß Polen und Franzosen mit den Vorarbeiten für Versailles nicht nur mit dieser Karte, sondern auch mit einem gefälschten geographischen Werk gearbeitet haben, das zu Beginn des Jahres 1918 ein Pole namens Thaddäus Radlinski in Warschau als geographisches Polen, Breslau und Liegnitz, sowie außerdem Posen und Westpreußen als polnisches Land behandelt.

Protest gegen Absichten der schlesischen Grenzkommission.

Der deutsche Vertreter bei der Grenzkommission zur Festsetzung der neuen oberschlesischen Grenze überreichte dem Präsidenten der Grenzkommission eine Note folgenden Inhalts:

Die deutsche Regierung vermag sich der Auffassung der Grenzkommission nicht anzuschließen, die dahin geht, daß die Demarkationslinie der oberschlesischen Grenzgebiete nur eine Richtlinie für die endgültige Grenzfestsetzung darstellt, und daß noch wesentliche Aenderungen zu berücksichtigen sind. Diese Auffassung ist weder mit dem Friedensvertrag noch mit der Genfer Entscheidung vereinbar. Die Grenzfestsetzung ist im Herbst vorigen Jahres von der Grenzkommission in Form einer Demarkationslinie erfolgt. Da die Notifizierung der Grenze, die den beteiligten Regierungen am 15. Juni 1922 durch die Plebiszitkommission zugegangen ist, sich auf diese Demarkationslinie stützt, ist diese also von den alliierten Hauptmächten als eine dem Artikel 4 entsprechende Festsetzung der Grenzlinie anerkannt worden. Sie nachträglich, wie beabsichtigt wird, abzuändern, würde mit Artikel 4 der Genfer Entscheidung in Widerspruch stehen. Die zwischen der deutschen und polnischen Regierung geschlossenen Verträge über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 enthalten die notwendigen Bestimmungen über die von der neuen Grenze durchschnittenen Bergwerksfelder und Wirtschaftsgebiete, ebenso über die sozialen Einrichtungen, die gänzlich auf die Zugehörigkeit der Bewohner der dem einen oder anderen Lande durch die Demarkationslinie zufallenden Gebiete zugeschnitten sind. Nach Auffassung der deutschen Regierung wäre die Grundlage aller dieser Verträge erschüttert, falls die Grenzkommission den polnischen Ansprüchen nachgeben würde.

Preußen—Bayern.

w. **Berlin**, 8. Sept. Nach einer Korrespondenzmeldung hat das preußische Kabinett sich beim Reichskanzler Dr. Wirth darüber beschwert, daß die Verhandlungen, in denen es sich um die Beschränkung der Rechte der Einzelstaaten handelt, vom Reichskabinett mit Bayern allein geführt worden seien. Die preußische Beschwerde betont, daß dem preußischen Kabinett nichts ferner liege, als eine Verkennung der schweren Lage des Reichskabinetts. Auf der anderen Seite könne Preußen es nicht dulden, daß es zu einem Bundesstaat zweiten Ranges herabgewürdigt werde.

Die Regelung der Staatsangestelltengehälter.

Berlin, 8. Sept. (Drahtber.) Heute vormittag begannen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen die Verhandlungen über die Neuregelung der Gehälter der Staatsangestellten.

Zur Angestelltenversicherung.

w. **Berlin**, 7. Sept. Die Vereinigung der leitenden Angestellten hat dem „Berl. Lok.-Anz." zufolge gegen die vom sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages beschlossene Heraufsetzung der Versicherungsgrenze in der Angestelltenversicherung bei der Reichsregierung Protest eingelegt.

Einschränkung der öffentlichen Brotversorgung.

Im Reichsrate wurde heute eine Verordnung über die Beschränkung der öffentlichen Brotversorgung auf die Minderbemittelten in der Ausschußsitzung angenommen. An der öffentlichen Brotversorgung sollen vom 16. Oktober ds. Js. ab nur noch diejenigen teilhaben, deren Einkommen im Jahre 1921 30 000 *M* nicht überstieg, wozu noch für jedes Angehörige des Haushalts ein Betrag von 15 000 *M* hinzugerechnet wird. Für das Jahr 1922/23 soll die öffentliche Brotversorgung nur denjenigen zugute kommen, die ein Einkommen haben, das die oben genannte Summe um das vierfache nicht übersteigt. Der Reichsrat erklärt sich ferner einverstanden mit der Verordnung über die Erhöhung von Geldbeträgen in der Unfallversicherung und mit der Verordnung über die Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung bis auf 300 000 *M*.

Broterhöhung und Arbeitslosigkeit.

Berlin, 8. Sept. In einer Versammlung der Bäckermeister Großberlins wurde in der Aussprache mitgeteilt, daß das markenfreie Brot vom Montag ab 80 Mark koste. Infolge der Lohnerhöhungen werden täglich etwa 20 Gesellen entlassen, so daß die Zahl der arbeitslosen Bäckergesellen zur Zeit schon 2000 übersteigt.

Christliche Gewerkschaftsvertreter beim Kanzler.

Berlin, 8. Sept. (Drahtb.) Wie „Der Deutsche" mitteilt, wurden gestern der Generalsekretär des internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften der Welt (?) Serrarnes aus Utrecht und ein deutscher Vertreter des Bundes vom Reichskanzler empfangen. Der Reichskanzler setzte den Vertretern der christlichen Gewerkschaften die gefahrdrohende wirtschaftliche Lage Deutschland auseinander und bat, dazu beizutragen, die Völker Europas in wahrem christlichen Sinne wieder einander näher zu bringen und gemeinsam das allen drohende Unheil aus den völlig verfahrenen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen abzulenken. Die christlichen Gewerkschaftsvertreter erklärten dem Reichskanzler, daß sie besten Willens seien, an diesem erhabenen Ziele mit allen Kräften mitzuarbeiten.

Förderung der deutschen Fischeinfuhr.

Berlin, 8. Sept. Der erweiterte Großhamburger Fischereihafen wurde gestern feierlich eröffnet. Durch die großen Umlageanlagen, die dort geschaffen worden sind, wird die Fischeinfuhr in das Binnenland bedeutend gehoben.

Aufklärung des Belgiermordes in Oberkassel.

t. **Paris**, 8. Sept. Die in Oberkassel angestellten Untersuchungen haben nach dem „Temps" ergeben, daß der belgische Unteroffizier in betrunkenem Zustande seinen Kameraden erschossen und darauf Selbstmord verübt hat. Die belgische Regierung will eine dementsprechende Erklärung veröffentlichen.

*

Dazu also mußten deutsche Beamte, die ihrer Pflicht genügen wollten, in Haft wandern und der ganze staatliche und städtische Behördenapparat aufgeboten werden. Wahrlich, wir sind herrlich weit gekommen. Hoffentlich reinigen die Herren Belgier nun einmal ihren eigenen Stall und ersparen uns in Zukunft Würdelosigkeiten, wie sie sich bei der Beerdigung der sogenannten Opfer ereigneten.

Einzug.

Skizze von **Emil Lucka**.

Den ganzen Vormittag gingen die Männer über den steilen kiesigen Weg auf und nieder, sie hoben unendlich viele Dinge von den Wagen herab und trugen alles auf gebeugtem Rücken bis ins Haus. Auf der Diele stand die junge Frau — sie hatte eine große helle Schürze vorgebunden — und wies ihnen den Weg. „Die Kiste hinauf, ins Arbeitszimmer rechts! — Den Tisch hier unten, bitte!"

„Gott sei Dank!" brummten die beiden riesigen Kerle, denn der Eichentisch lag heiß auf ihnen, und setzten ihn ab.

„Aber nein! Nicht hier! Ins Zimmer doch natürlich!"

Die junge Frau war ganz rot — was fiel den Leuten ein, den Tisch auf der Diele niederzusetzen? Die Diele doch nur mit den neuen bequemen Stühlen umrandet sein! O wie dumm waren doch diese Menschen! — Aber die Männer waren nicht ungehalten, sie lachten sogar und spuckten sich in die Hände und nahmen den Tisch wieder auf. So angenehm war ihnen noch kein Umzug gewesen.

Im oberen Geschoß, das ganz aus Holz gezimmert war, schaltete der Mann und half da und dort selber rücken. Da merkte er erst, wie schwach er war!

Die Kinder des Dorfes standen gaffend um den Wagen; bis ein Knabe nach einem Bund Besen griff und ihn mutig hinauf brachte. Mit freundlichem Nicken wurde er empfangen und zur Küche geschickt. Der Knabe war rot vor Eifer und lief wieder hinab, und nun kamen andere Kinder mit ihm und trugen Krüge und eine neue glitzernde Gießkanne. Die junge Frau strich ihnen schnell durchs Haar und zeigte, wo sie alles hinsetzen müßten; so drangen sie in das geheimnisvolle Haus ein und sahen die schöne breite Holztreppe und die blanke Küche und den Vorratsraum. Auf dem Rückweg schoben sie sich schnell in ein Zimmer: das war dunkelgrün von oben bis unten! Sie stießen sich an und liefen mit schlenkernden Armen, um neues zu holen. Ein ganz kleines Mädchen schleppte einen Blumentopf, die Frau nahm ihn selber und trug ihn die Stiege hinauf. Neben ihr trippelte das Kind. Im Erkerzimmer nahm sie es küssend vom Boden.

„Wie heißt du denn?"

Aber das Kind schien es selber nicht zu wissen.

Nachmittags waren die kahlen Mauern ein Heim für zwei Menschen geworden. Zwischen Wald und Weinberg lag das Haus in tiefer Stille. Sie standen im Erker neben dem Nähtischchen und schauten übers Land hin, bis zu den fernen Nebeln.

„Unser Haus!" flüsterte sie und lehnte sich an seine Schulter. Ums Fenster blühten die Blumen, ein eigener Raum war für sie eingebaut, sie hatten Wasser bekommen und dufteten froh in die warme Luft. Ein schillernder kleiner Käfer saß im Balsaminenstock. Sie neigte sich nieder. —

„Der ist nicht mitgekommen! Der ist von hier!"

Da tat er seine Flügel auf — sie waren leuchtendes grünes Gold — und flog zwischen ihnen hindurch ins Zimmer. Er summte auf und nieder und es war wie ein fernes leises Lied, das aus schattigen Büschen zum Wald hingeht . . . .

Das Lied verstummte. „Wie wollen sehen, wo er geblieben ist!" sagte er und trat über die beiden Stufen ins Zimmer hinab — auf ihrem Kopfkissen lag ein goldiger Punkt. — „Sieh doch!" — Lächelnd nickte sie. Dann wies er hinüber: „In diesem Bett werde ich sterben!"

„Und ich hier!"

Aber sie lachten, denn sie glaubten noch nicht recht ans Sterben.

Umschlungen traten sie durch die Tür. Das große weiße Zimmer war kahl, nur ein uralter Schubfachschrank machte sich wichtig. Der Mann zog die obere Lade heraus — sie ging mit Knarren — und sah fragend auf.

„Ja, das muß doch leer bleiben," sagte sie und dann mit einem Blick gegen die Fenster: „Ist es nicht zu düster hier?"

„Aber wir wollten doch die Morgensonne! Und jetzt ist es Nachmittag!" — Da nickte sie ihm ins Auge.

Leicht und glatt gingen die Hände über das breite Stiegengeländer. Unten blieb die Frau stehen und sah besorgt umher. „Sollte das nicht bis zum Fußboden reichen?"

„Weshalb? Die Stiege ist doch zu Ende!"

Sie schwieg.

„Wie? Was meinst Du?"

„Ich habe nur geglaubt —"

„So sag doch!"

„Wenn er größer ist, wird er gewiß übers Geländer hinunter rutschen — aber nein! Unsinn!"

Da lachten sie beide

„Wir wollen es ändern lassen, wenn es nötig ist!"

Sie standen vor dem Haus unter der Sonne. In stiller Herrlichkeit leuchteten die Weingärten, fern, fern hinter ihnen ruhte der graue Dunst der Stadt. Grüne Stäbe zogen bis an die Fenster hinauf und Blattwerk begann aufzuranken. „Ob wir heuer schon Pfirsiche bekommen?" meinte sie.

„Aber nächstes Jahr bestimmt."

Und dann streichelte sie den Lindenbaum, der neben dem eingerammten Tische stand. — „Unser Baum!" — Er war noch nicht groß, aber er würde wachsen, von Jahr zu Jahr. — „Ich habe ihn heute schon begossen!" — Ein ganz kleines Stückchen Weingarten wuchs von draußen in ihr Land hinein. Er trat hin — „Sechs Weinstöcke haben wir!" und er beugte sich nieder und fühlte die harten Beeren.

„Nein, sieben!" rief sie eifrig. Sie fand noch etwas. „Acht!"

Er lachte. „Wirklich acht? Im Herbst wollen wir Lese halten! Ja" — Da wurde sie plötzlich stumm . . . . .

Er ging zurück und kam mit einem breiten Messer und führte die Fragende zu dem Wald hinterm Haus, der ihnen gehörte — das letzte Ende vom Wald! — und er grub ein Eichenreis aus dem Boden. Sie trugen es hinab und senkten es ein vor dem Haus unter der Sonne.

Kunst und Wissenschaft

Die Gründung einer Deutschen Gesellschaft für Gewerbe-Hygiene ist bei Gelegenheit der diesjährigen Jubiläumstagung der deutschen Naturforschung geplant.

Pariser Eifersucht. Aus Straßburg i. E. wird berichtet: Wie die „Republique" meldet, hat das Institut Rockefeller der Straßburger medizinischen Fakultät die Summe von 200 Millionen Franken angeboten. Gegen diese Schenkung hat die Pariser Fakultät Veto eingelegt, so daß das Rockefeller Institut seine Stiftung zurückzog und die genannte Summe der medizinischen Fakultät in Brüssel überwies.

Der Welschschweizer Philipp Godet, ein grimmiger Feind der Deutschen, wird von der „Züricher Post" öffentlich aufgefordert, den ihm verliehenen Preis der schweizerischen — Schillerstiftung zurückzugeben.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg